

Brautzsch, Hans-Ulrich

**Article**

## Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland: Weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage

Wirtschaft im Wandel

**Provided in Cooperation with:**

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

*Suggested Citation:* Brautzsch, Hans-Ulrich (2006) : Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland: Weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage, *Wirtschaft im Wandel*, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 12, Iss. 6, pp. 167-170

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143475>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

die sehr expansive Geldpolitik in der Vergangenheit nicht in dem Maße auf die Preise durchgeschlagen, wie es aus der monetären Analyse zu erwarten gewesen wäre. Dies deutet auf veränderte Wirkungsverzögerungen der Geldpolitik hin. Auch werden die anhaltend hohen Energiepreise sowie die anstehende Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland nur zu einem temporären Anziehen der Teue-

rungsrate im Euroraum führen, sofern durch sie keine Zweitrundeneffekte ausgelöst werden.

*Arbeitskreis Konjunktur*

*Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)*

*Hans-Ulrich Brautzsch, Kristina van Deuverden,  
Diemo Dietrich, Ruth Grunert, Axel Lindner,  
Brigitte Loose, Götz Zeddies*

## Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland: Weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage

Im Jahr 2005 hat sich infolge der Produktionsschwäche die an sich schon schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt nochmals verschlechtert. Die Zahl der Erwerbstätigen (Inland) nahm gegenüber dem Vorjahr um 74 000 Personen bzw. 1,3% ab. Nur durch die Ausweitung von staatlich subventionierten Ich-AGs (ca. +30 000) sowie der Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten (ca. +90 000), die beide statistisch den Erwerbstätigen zugeordnet werden, kam es zu keinem noch stärkeren Rückgang.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm sogar um 2,6% ab. Teilweise ist der Rückgang auf die weitere Abnahme von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten wie Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen zurückzuführen. Derartige Beschäftigungsverhältnisse unterliegen der Sozialversicherungspflicht.

### ***Unterbeschäftigung verharrt auf hohem Niveau***

Die Unterbeschäftigung lag im Jahr 2005 auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr.<sup>1</sup> Daß sie bei ei-

<sup>1</sup> Der hier verwendete Begriff der Unterbeschäftigung ist nicht mit der Definition der Unterbeschäftigung nach dem ILO-Konzept identisch (vgl. hierzu den Kasten). Dies herzuheben ist notwendig, da seit März 2006 das Statistische Bundesamt auch Angaben zur Unterbeschäftigung nach dem ILO-Konzept veröffentlicht.

Nach dem Konzept des IWH, das – bis auf wenige Ausnahmen – identisch ist mit dem Konzept des Sachverständigenrats für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg, zählen zu den Unterbeschäftigten die registrierten Arbeitslosen sowie die Sonstigen Unterbeschäftigten (vgl. Zeile 10 in Tabelle 3). Streng genommen zählen zu den Unterbeschäftigten auch die Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt (vgl. Zeile 4 in Tabel-

nem so kräftigen Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen nicht proportional gestiegen ist, liegt vor allem in der weiteren Abnahme des – an der Zahl der Erwerbsfähigen gemessenen – Arbeitsangebots um 63 000 Personen. Insgesamt betrug die Unterbeschäftigungsquote<sup>2</sup> in Ostdeutschland (ohne Berlin) 22,5% (Westdeutschland: 11,7%).

Betrachtet man die Struktur innerhalb der Unterbeschäftigung, so sind auch hier erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zu beobachten (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1:  
Arbeitslosenanteil<sup>a</sup> und Anteil der Sonstigen Unterbeschäftigung<sup>b</sup> an der Unterbeschäftigung in Ost- und Westdeutschland<sup>c</sup>  
- in % -

	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	1992	2005	1992	2005
Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung	38,8	79,3	73,2	85,1
Anteil der sonstigen Unterbeschäftigung	61,2	20,7	26,8	14,9

<sup>a</sup> Anteil der registrierten Arbeitslosen und der Arbeitslosen nach §§125, 126 SGB III an den Unterbeschäftigten (vgl. Zeile 29 in Tabelle 3). – <sup>b</sup> Anteil der Sonstigen Unterbeschäftigten (ohne Arbeitslose nach §§§ 125, 126 SGB III) an den Unterbeschäftigten. – <sup>c</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

le 3). Diese Arbeitsplätze würden größtenteils ohne staatliche Subventionen nicht vorhanden sein.

<sup>2</sup> Die Unterbeschäftigungsquote gibt den Anteil der Unterbeschäftigung am Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve an (vgl. Zeile 28 in Tabelle 3).

So ist der Anteil der registrierten Arbeitslosen an den Unterbeschäftigten in Westdeutschland mit 85,1% noch immer um ca. 6 Prozentpunkte höher als in den neuen Bundesländern.

Kasten:

Zum Unterbeschäftigungskonzept der International Labour Organisation (ILO)

Das Unterbeschäftigungskonzept, daß der Arbeitsmarktbilanz des IWH zugrunde liegt und auch vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit verwendet wird, unterscheidet sich erheblich von der Definition der Unterbeschäftigung der International Labour Organisation (ILO).

Der Ausgangspunkt für die ILO-Definition der Unterbeschäftigung ist die extensive Definition von Erwerbstätigkeit nach dem international vereinbarten Labour-Force-Konzept.\* Danach ist es bereits ausreichend, während einer Referenzperiode – in der Regel einer Woche – eine Stunde gearbeitet zu haben, um statistisch als Erwerbstätiger erfaßt zu werden. Damit bleibt aber unklar, ob die geleistete Arbeitszeit der Erwerbstätigen auch der gewünschten Arbeitszeit entspricht. Um eine potentielle Diskrepanz zwischen tatsächlicher und gewünschter Arbeitszeit bei den Erwerbstätigen aufzudecken, wurde durch die ILO das Konzept der Unterbeschäftigung eingeführt.

Das ILO-Konzept der Unterbeschäftigung war ursprünglich dafür gedacht, die empirische Erfassung des Arbeitsmarktgeschehens in Entwicklungsländern zu verbessern. Es hat mittlerweile aber auch für die industrialisierten Länder an Bedeutung gewonnen. Dies ist zum einen auf die Ausweitung „atypischer“ Beschäftigungsformen wie beispielsweise von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zurückzuführen. Zum anderen befinden sich viele Personen in solchen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie beispielsweise in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Arbeitsgelegenheiten (Zusatzjobs), durch die statistisch der Erwerbstätigenstatus begründet wird. Tatsächlich handelt es sich jedoch um eine Form der Unterbeschäftigung. Um diese Entwicklungen in der laufenden Arbeitsmarktstatistik zu erfassen, hat das Statistische Bundesamt seit März 2006 seine monatliche Arbeitsmarktberichterstattung um Angaben zur Unterbeschäftigung gemäß des ILO-Konzeptes erweitert. So waren im Durchschnitt des Jahres 2005 12,1% aller Erwerbstätigen unterbeschäftigt.

\* Vgl. RENGERS, M.: Unterbeschäftigung als Teil des Labour-Force-Konzeptes, in: Wirtschaft und Statistik, 3/2006, S. 238-256.

Vor 2005 bildeten sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland die traditionellen Instrumente Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen, Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung sowie Vorruehständler den Hauptteil der Sonstigen Unterbeschäftigung (vgl. Tabelle 2). Die kräftige Ausweitung von Arbeitsgelegenheiten seit Ende 2004 – verbunden mit der weiteren Rückführung von Arbeitsmarktbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen sowie der beruflichen Fortbildung – führte zu einer Verschiebung des Gewichts zugunsten der Arbeitsgelegenheiten. Im Jahr 2005 hatten 1-Euro-Jobs bereits einen Anteil an der Sonstigen Unterbeschäftigung von 25% (Westdeutschland: 18,0). Auf je 100 Arbeitslose kamen im Jahr 2005 in Ostdeutschland sieben Personen mit einem Zusatzjob, in Westdeutschland waren es knapp 4 Personen.

Tabelle 2:

Struktur der Sonstigen Unterbeschäftigung in Ost- und Westdeutschland<sup>a</sup>

	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	2003	2005	2003	2005
	in %			
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen <sup>b</sup>	23,6	10,5	7,1	3,0
Berufliche Weiterbildung <sup>c</sup>	20,9	7,9	19,7	9,9
Vorruehstand <sup>d</sup>	27,0	35,8	33,0	36,8
1-Euro-Jobs		25,0		18,0
Sonstige	28,5	20,8	40,2	32,3
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
<i>Nachrichtlich:</i>	1 000 Personen			
Sonstige Unterbeschäftigung insgesamt	382	380	770	704

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – <sup>b</sup> Einschließlich Strukturanpassungsmaßnahmen und Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen. – <sup>c</sup> Nur Vollzeitmaßnahmen. – <sup>d</sup> Einschließlich §§ 428 SGB III.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

### ***Auch im Jahr 2006 noch keine Besserung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt***

Auch im Jahr wird sich die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt nicht bessern. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird zwar wieder expandieren. Die Erwerbstätigkeit wird nochmals um ca. 25 000 Personen abnehmen, da der Produktionszuwachs noch deutlich unterhalb der Beschäftigungsschwelle liegen wird. Insbesondere im Bau-

Tabelle 3:  
Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland (ohne Berlin)

		2003	2004	2005	2006*
		in 1 000 Personen			
1	Erwerbsfähige <sup>a</sup>	9 415	9 289	9 226	9 112
2	Erwerbstätige in Ostdeutschland (Inland)	5 656	5 656	5 582	5 555
3	Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(2)-(15)-(16)]	5 566	5 571	5 447	5 385
4	<i>Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt<sup>b</sup></i>	150	157	130	115
5	<i>Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(3)-(4)]</i>	5 416	5 414	5 317	5 270
6	Pendlersaldo	-436	-436	-440	-440
7	Erwerbstätige aus Ostdeutschland (Inländer) [(2)-(6)]	6 092	6 092	6 022	5 995
8	Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(7)-(15)-(16)]	6 002	6 007	5 887	5 825
9	<i>darunter: Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(8)-(4)]</i>	5 852	5 850	5 757	5 710
10	Unterbeschäftigung [(11)+(12)]	1 699	1 680	1 675	1 651
11	<i>Arbeitslose</i>	1 317	1 300	1 295	1 245
12	<i>Sonstige Unterbeschäftigte [(13)+(14)+(15)+(16)+(17)+(18)+(19)+(20)+(21)+(22)]</i>	382	380	380	406
13	<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	30	32	33	33
14	<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	15	13	12	10
15	<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen<sup>c</sup></i>	90	80	40	30
16	<i>I-Euro-Jobs</i>		5	95	140
17	<i>Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (nur Vollzeitmaßnahmen)</i>	80	50	30	30
18	<i>Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen</i>	25	25	16	16
19	<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	4	4	1	0
20	<i>Vorruehändler<sup>d</sup></i>	103	136	136	135
21	<i>Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten</i>	7	7	7	7
22	<i>Ausfall durch sonstige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen<sup>e</sup></i>	28	28	10	5
23	Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve <sup>f</sup> [(8)+(10)-(14)-(16)-(21)]	7 679	7 662	7 449	7 319
		in % (Inländerkonzept)			
24	Erwerbsbeteiligungsquote [(23)/(1)*100]	81,6	82,5	80,7	80,3
25	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt [(8)/(1)*100]	63,8	64,7	63,8	63,9
26	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(9)/(1)*100]	62,2	63,0	62,4	62,7
27	Erwerbstätigenquote insgesamt [(7)/(1)*100]	64,7	65,6	65,3	65,8
28	Unterbeschäftigungsquote [(10)/(23)*100]	22,1	21,9	22,5	22,6
29	Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung {[(11)+(13)]/(10)*100}	79,3	79,3	79,3	77,4
30	Arbeitslosenquote {[(11)+(13)]/[(7)+(11)+(13)]*100}	18,1	17,9	18,1	17,6
31	Quote der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen {[(4)+(12)]/(23)*100}	6,9	7,0	6,9	7,1
		in Millionen Stunden			
32	Geleistetes Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) [(33)*(2)/1000]	8 538	8 541	8 372	8 299
		in Stunden			
33	Geleistetes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen (Inland)	1 509,6	1 510,1	1 499,8	1 494,0
		in 1 000 Personen			
34	Gemeldete Stellen	53,5	47,0	69,3	
35	Offene Stellen insgesamt <sup>g</sup>	97	162	165	
		Personen			
36	Unterbeschäftigte je gemeldete Stelle [(10)/(34)*100]	31,8	35,7	24,2	
37	Unterbeschäftigte je offene Stelle insgesamt [(10)/(35)*100]	17,5	10,4	10,2	

\* Prognose des IWH.

### Tabellenerklärung:

<sup>a</sup> Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. – <sup>b</sup> Teilnehmer an Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Unternehmen (SAM OfW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuß; Überbrückungsgeld; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und am Programm JUMP+ sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt); ab 2003: einschließlich der durch PSA betreuten Personen, durch „Kapital für Arbeit“ beschäftigte Personen und „Ich-AGs“; Entgeltsicherung für Ältere. – <sup>c</sup> Einschließlich traditioneller Strukturanpassungsmaßnahmen; ab 2002: einschließlich Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen. – <sup>d</sup> Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – <sup>e</sup> Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, am Programm JUMP+, am Programm Arbeit für Langzeitarbeitslose sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – <sup>f</sup> Der Abzug des Arbeitsausfalls bei Kurzarbeit und durch Altersteilzeit sowie der 1-Euro-Jobs erfolgt, um eine Doppelzählung zu vermeiden. Arbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung oder traditioneller Teilzeitbeschäftigung sind mangels Quantifizierbarkeit doppelt enthalten. – <sup>g</sup> Zu den *Offenen Stellen insgesamt* zählen die bei den Arbeitsämtern *gemeldeten Stellen* sowie die dem Arbeitsamt *nicht gemeldeten offenen Stellen*, die durch eine Erhebung des IAB ermittelt werden. Bei den Offenen Stellen insgesamt wird Berlin-Ost zu Ostdeutschland und Berlin-West zu Westdeutschland gezählt.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: März 2006); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IWH; 2006: Prognose des IWH.

### Anmerkungen:

Mit dem Dritten Gesetz für Moderne Dienstleistungen, das seit dem 1. Januar 2004 in Kraft ist, wurde der § 16 des SGB III ergänzt. Danach gelten alle Teilnehmer an Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik prinzipiell nicht als arbeitslos. Dies entspricht grundsätzlich der bisher angewandten Praxis. Eine Änderung ergibt sich allein für die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, die bisher auch während der Dauer der Maßnahme als arbeitslos gezählt wurden. In der Arbeitsmarktbilanz des IWH wird die Zahl dieser Personen separat als eine Form der Unterbeschäftigung (Zeile 18) erfasst.

Ab dem vierten Quartal 2004 werden durch die Bundesagentur für Arbeit in Zusammenarbeit mit kommunalen Partnern und anderen regionalen Beschäftigungsträgern für Arbeitslose zusätzliche 1-Euro-Jobs angeboten. Die Personen mit einem 1-Euro-Job werden nicht mehr als arbeitslos registriert und gelten als beschäftigt. Sie sind damit in der IWH-Arbeitsmarktbilanz in den Größen „Erwerbstätige“ und „Sonstige Unterbeschäftigte“ (Zeile 16) enthalten.

gewerbe und im öffentlichen Bereich wird weiterhin Personal abgebaut. Der Beschäftigungsstand wird auch weiterhin durch die Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten gestützt. Im Jahr 2006 werden ca. 45 000 Zusatzjobs mehr angeboten werden

als im Vorjahr. Insgesamt ist im Jahr 2006 noch nicht mit einer Trendwende am ostdeutschen Arbeitsmarkt zu rechnen.

*Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de*

## Ich-AG, Überbrückungsgeld und der neue Gründungszuschuß – Effizientere Förderung oder nur Haushaltssanierung? –

Arbeitslosigkeit kann unter anderem dadurch überwunden werden, daß Arbeitslose motiviert werden, eine eigene wirtschaftliche Existenz aufzubauen. Hierzu existieren in Deutschland zwei Förderprogramme: das Überbrückungsgeld und der Existenzgründungszuschuß, letzterer in der Öffentlichkeit als Ich-AG bekannt. Nach dem Willen der Regierung sollen beide Konzepte zum 1. August 2006 zu einem neuen Förderkonzept, dem Gründungszuschuß, zusammengefaßt werden. Durch diese Reform beabsichtigt die Regierung zum einen nicht erwünschte Auswirkungen bei den Ich-AGs einzuschränken und zum anderen zu Einsparungen bei

den Ausgaben zu gelangen, die sich in einer Größenordnung von etwa einer Milliarde Euro bewegen sollen.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Auf der Internet-Site des BMAS war am 18. Mai 2006 zu lesen: „Die Förderung wird künftig erheblich zielgerichteter sein. Gleichzeitig können die Kosten für die Existenzgründungsförderung deutlich reduziert werden: Die Einsparungen werden – bei grober Schätzung – bei mindestens einer Milliarde Euro liegen.“ [www.bmas.bund.de/BMAS/Navigation/Presse/nachrichten,did=133102.html](http://www.bmas.bund.de/BMAS/Navigation/Presse/nachrichten,did=133102.html) und ebenfalls dort: „Um Kosten zu reduzieren und Anreize für eine frühzeitige Gründung zu setzen, soll nur noch gefördert werden, wer noch über einen Restanspruch auf Arbeitslosengeld von mindestens 3 Monaten verfügt.“ Sowie: „Um